

Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 42 16.10.2015

forsa	Emnid	infratest dimap
-------	-------	-----------------

Wähleranteile:	Union bei 38 % bzw. 37 %, SPD bei 26 % bzw. 25 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
Allgemeine Lebenslage:	Hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
Themen Bundesregierung:	Flüchtlingspolitik, Integration von Ausländern
Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik
Anlage:	Grafik "Themen-Monitor"

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS
CDU/CSU	38 (-1)	37 (-1)
SPD	25 (-)	26 (+1)
FDP	5 (-)	5 (-)
DIE LINKE	9 (-)	10 (-)
B'90/Grüne	10 (+1)	9 (-)
AfD	7 (-)	7 (+1)
Sonstige	6 (-)	6 (-1)
Erhebungszeitraum	0509.10.	0814.10.

Die Union liegt bei forsa 13 (-1) und bei Emnid 11 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
Merkel	47 (-)	
Gabriel	15 (-)	
Erhebungszeitraum	0509.10.	

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 32 (-) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

89 % (+3) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 2 % (-2) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 66 % (+3) für Merkel und 7 % (+2) für Gabriel entscheiden.

40 % (+2) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 33 % (-2) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (18.10.2015)

Problemlösungskompetenz

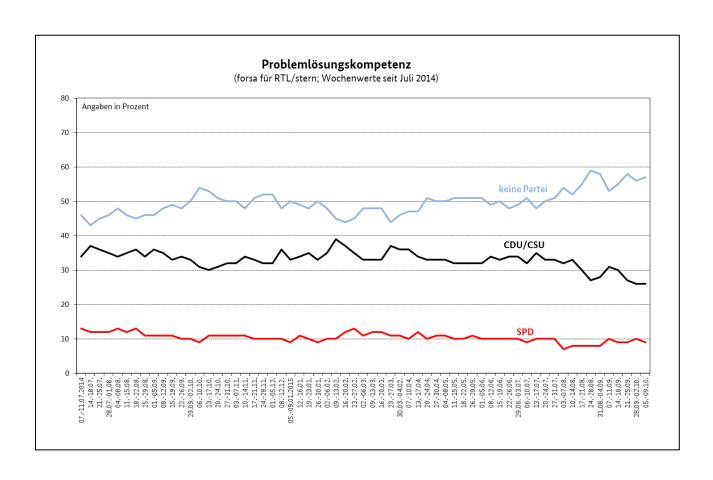
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	26	(-)
SPD	9 (-1)
sonstige Parteien	8	(-)
keine Partei	57 (+1)
Erhebungszeitraum	0509.10.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 17 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

57 % (+1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

64 % (+3) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 36 % (+1) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Oktober 2015

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im September 2015 Emnid für BPA

politische Aufgaben		sehr wichtig		wichtig		ger itig	unwi	chtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	71	(+2)	28	(-1)	1	(+1)	0	(-2)
Altersversorgung langfristig sichern	64	(+1)	30	(-1)	3	(-1)	1	(-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	62	(+7)	35	(-4)	2	(-2)	0	(-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	60	(-1)	34	(+3)	6	(-1)	0	(-1)
innere Sicherheit gewährleisten	59	(+9)	36	(-5)	3	(-3)	1	(-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	59	(+12)	31	(-9)	8	(-2)	2	(-1)
Steuerlast gerecht verteilen	57	(+6)	38	(-5)	4	(+2)	1	(-2)
Zuwanderung von Ausländern regeln	55	(-1)	36	(+2)	5	(-1)	2	(-2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	54	(+7)	40	(-3)	6	(-2)	1	(-1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	53	(+5)	38	(-6)	7	(+1)	2	(+1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	42	(+4)	47	(-3)	9	(-)	1	(-1)
Gesundheitswesen modernisieren	41	(-)	44	(-1)	13	(+2)	2	(-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	39	(+3)	48	(+2)	11	(-3)	1	(-3)
Staatsschulden begrenzen	39	(+6)	46	(-3)	11	(-2)	3	(-)
neue Technologien fördern	34	(+4)	51	(-)	13	(-2)	1	(-2)
Verbraucherschutz stärken	34	(+8)	48	(-6)	16	(-)	1	(-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	30	(+3)	52	(+1)	15	(-3)	2	(-)
Energiewende zügig vorantreiben	30	(-2)	46	(+1)	19	(+3)	4	(-1)
für Preisstabilität sorgen	29	(+3)	55	(-)	14	(-)	1	(-3)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	28	(+8)	56	(-4)	12	(-3)	2	(-1)
Erhebungszeitraum	0713.10.2015							

Die <u>Bildungspolitik</u> ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird von unter 30-Jährigen (82 %) und Anhängern der Grünen (79 %) als besonders prioritär angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (76 % zu 62 %). 50-59-Jährige (63 %) sowie Anhänger der Linkspartei (56 %) und der Union (64 %) sehen die Bildungspolitik unterdurchschnittlich oft als prioritär an.

Die <u>langfristige Sicherung der Altersversorgung</u> wird von Ostdeutschen (70 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung (59 %) und Anhänger der Grünen (58 %) sehen diese Aufgabe unterdurchschnittlich oft als prioritär an.

<u>Die soziale Gerechtigkeit</u> wird von Anhängern der Grünen (79 %), der Linkspartei (74 %) und der SPD (72 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen; Anhänger der Union (46 %) und unter 30-Jährige (55 %) sehen diese Aufgabe unterdurchschnittlich oft als prioritär an. Frauen ist diese Aufgabe wichtiger als Männern (66 % zu 57 %).

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen Oktober 2015

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im September 2015 Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut eher/sehr schled	
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	75 (+4)	18 (-5)
innere Sicherheit gewährleisten	70 (+7)	27 (-6)
neue Technologien fördern	68 (+3)	23 (-3)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	67 (-)	27 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	67 (+1)	28 (-3)
für Preisstabilität sorgen	64 (-)	31 (-1)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	63 (+8)	35 (-7)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	61 (-1)	36 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	61 (-)	36 (-1)
Staatsschulden begrenzen	56 (-4)	38 (+2)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	56 (-)	40 (-1)
Verbraucherschutz stärken	53 (-2)	40 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	52 (-2)	44 (+2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	50 (-1)	46 (+2)
Gesundheitswesen modernisieren	49 (-)	46 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	49 (+2)	48 (-2)
Altersversorgung langfristig sichern	41 (+1)	57 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	40 (-)	55 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	37 (-)	59 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	34 (-1)	63 (+3)
Erhebungszeitraum	0713.	10.2015

In 14 von 20 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut, insbesondere in der Wirtschaftspolitik (75 %).

Im Politikfeld "für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen" bewertet im Vergleich zum Vormonat ein um 8 Prozentpunkte höherer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Auch der Aufgabenbereich "innere Sicherheit gewährleisten" wird häufiger sehr bzw. eher gut bewertet (+7 Prozentpunkte).

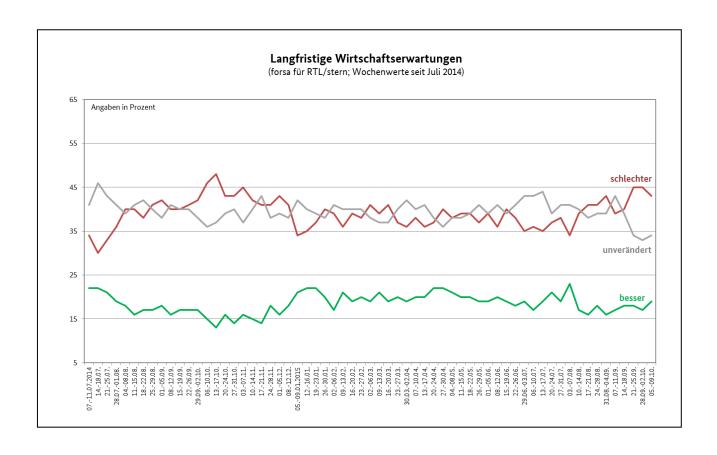
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	19 (+2)	
schlechter	43 (-2)	
unverändert	34 (+1)	
Erhebungszeitraum	0509.10.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 24 (-4) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 39

0	
Die Dinge entwickeln sich	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	41 (-2)
eher in die falsche Richtung	51 (+4)
Erhebungszeitraum	0509.10.

Gutverdiener und Personen mit hoher formaler Bildung (je 48 %), über 60-Jährige (46 %) sowie Anhänger der Union (55 %), der Grünen (54 %) und der SPD (52 %) meinen überdurchschnittlich oft, dass die Entwicklung im Land in die richtige Richtung geht.

Für 45-59-Jährige (57 %), Ostdeutsche und Personen mit einfacher formaler Bildung (je 59 %) sowie für Anhänger der AfD (96 %) und der Linkspartei (67 %) geht die Entwicklung mehrheitlich eher in die falsche Richtung.

Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 39

Wie zufrieden sind Sie?	(sehr) zufrieden		weniger b gar nich zufriede	
mit der Lebensqualität in Deutschland	88	(-)	11	(-)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	62	(-1)	31	(+1)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	52	(-2)	46	(+2)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	45	(-1)	51	(+1)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	38	(-5)	56	(+4)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	35	(-)	62	(-)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	35	(-4)	63	(+4)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	34	(+2)	61	(-)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	29	(-3)	66	(+4)
Erhebungszeitraum		050	9.10.	

Jeweils mehr als die Hälfte der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (88 %), der Lage am Arbeitsmarkt (62 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (52 %) (sehr) zufrieden. In sechs von neun Bereichen ist die Bevölkerung hingegen mehrheitlich weniger oder gar nicht zufrieden.

Unter 45-Jährige sind mit der Lage am Arbeitsmarkt häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (69 % zu 56 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (73 % zu 51 %).

Mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität sind unter 45-Jährige häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (60 % zu 43 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (61 % zu 42 %). Ostdeutsche (58 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Ostdeutsche sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern (78 %) sowie mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern (68 %).

Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

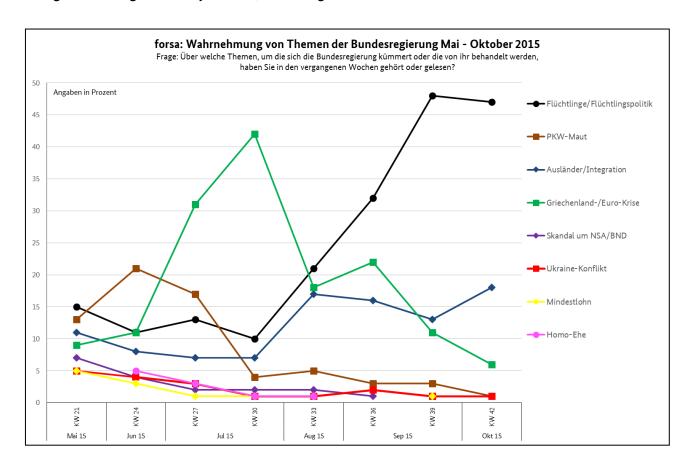
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 39

	fors für Bl	
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	47	(-1)
Ausländer/Integration	18	(+5)
Griechenland-/Euro-Krise	6	(-5)
Freihandelsabkommen mit USA / TTIP	3	(+1)
Energiepolitik/Energiewende	2	(-)
Erhebungszeitraum	0509).10.

Die Flüchtlingspolitik und die Integration von Ausländern sind die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Die <u>Flüchtlingspolitik</u> wird überdurchschnittlich häufig von 30-44-Jährigen (53 %) und Anhängern der Grünen (60 %) genannt. Gutverdiener nennen das Thema häufiger als Geringverdiener (53 % zu 40 %). Ostdeutsche (37 %) und über 60-Jährige (42 %) tun dies unterdurchschnittlich oft.

Ostdeutsche (26 %) thematisieren die <u>Integration von Ausländern</u> überdurchschnittlich häufig. Unter 30-Jährige und Geringverdiener (jew. 12 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infrat dima für BP	ар
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	74	(+2)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderung, Integration	15	(-)
Manipulationsskandal bei VW, Abgasaffäre	13	(-5)
Bürgerkrieg im Irak und Syrien/Terrorgruppe "Islamischer Staat"/ Russlands Eingreifen in Syrien	5	(-)
Erhebungszeitraum	1314	.10.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Grünen (86 %) und der SPD (81 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche. Personen mit einfacher formaler Bildung (66 %), Ostdeutsche (67 %) sowie Anhänger der AfD (62 %) und der Linkspartei (63 %) thematisieren die Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik unterdurchschnittlich oft.

Ostdeutsche (21 %) sowie Anhänger der AfD (28 %) und der Linkspartei (20 %) nennen die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland überdurchschnittlich häufig. Unter 30-Jährige (9 %), Personen mit hoher formaler Bildung (10 %) sowie Anhänger der Grünen (9 %) tun dies unterdurchschnittlich oft.

Der Manipulationsskandal bei VW wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der SPD (19 %) genannt. Gutverdiener nennen das Thema häufiger als Geringverdiener (19 % zu 7 %). Unter 30-Jährige (5 %) und Anhänger der AfD (8 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft mit diesem Thema.

